



DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

25. Oktober 2025
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

Solange die Palästinenser unterdrückt werden, kann es keinen Frieden geben

Offiziell herrscht Waffenruhe in Gaza. Und US-Präsident Trump hat sogar den Beginn des „ewigen Friedens“ im Nahen Osten verkündet.

Doch noch immer verweigert die israelische Regierung der hungernden Bevölkerung in Gaza Lebensmittel. Noch immer bricht sie regelmäßig den Waffenstillstand und sucht nach Vorwänden, ihn ganz zu beenden und ihren Vernichtungsfeldzug gegen die Palästinenser fortzusetzen.

Sie hat ihn überhaupt nur deshalb unterbrochen, weil die USA dies von ihr verlangt haben. Und auf die Waffen und die Unterstützung der US-Regierung ist Israel nun mal zwingend angewiesen. Auch das seit zwei Jahren andauernde Massaker an den Palästinensern wäre nicht ohne die Zustimmung der USA möglich gewesen.

Erinnern wir uns, wie US-Präsident Trump noch vor kurzem davon geschwärmt hat, alle Palästinenser zu vertreiben und aus dem Gazastreifen stattdessen eine „Riviera des Nahen Ostens“, ein Luxusparadies für Reiche und Konzerne zu machen.

Nur, dass sich die Palästinenser selbst dem Völkermord zum Trotz nicht vertreiben lassen!

Die US-Regierung hat nun zumindest kurzzeitig ihre Taktik geändert und andere Regionalmächte wie Katar, die Türkei und Ägypten eingebunden, auf deren diplomatische Unterstützung die Hamas angewiesen ist, um einen Waffenstillstand durchzusetzen.

Dieser war für die US-Regierung auch eine Gelegenheit, die Rolle dieser Länder zu stärken. In den letzten zwei Jahren nämlich hat Israel mit seinen Kriegen in Gaza, Westjordanland, Libanon, Syrien und dem Iran eine Vormachtstellung im Nahen Osten erlangt, die die USA damit wieder etwas ausgleichen wollte. Denn die USA wollen nicht all ihren Einfluss in der Region auf eine Karte, auf Israel setzen, sondern immer

mehrere Eisen im Feuer haben. Die Region mit all ihrem Öl und Gas ist viel zu wichtig.

Die Palästinenser sind für sie nur eine Spielfigur in ihrem Machtspiel. Sie, um deren Zukunft es angeblich geht, werden in all den Verhandlungen nie auch nur nach ihrer Meinung gefragt. Und selbst wenn der unwahrscheinliche Fall eintritt und Trumps „Friedensplan“ tatsächlich umgesetzt würde, dann hätten sie in Zukunft nicht einmal mehr auf dem Papier irgendetwas zu sagen.

Trumps Plan sieht nämlich vor, dass ein sogenanntes internationales „Friedenskomitee“ die Macht übernimmt, mit Vertretern aus mehreren Ländern, an dessen Spitze... Trump selber stehen soll. Anders gesagt, der Gaza-Streifen soll de facto zu einer Kolonie der imperialistischen Großmächte werden, allen voran der USA.

Obendrein soll die israelische Armee weiterhin große Teile des Gazastreifens besetzt halten. Die Palästinenser wären ihrem Terror weiterhin vollkommen ausgeliefert.

Gaza wäre noch immer ein riesiges Konzentrationslager. Die israelische Regierung könnte weiterhin entscheiden, ob Lebensmittel, Baustoffe, Menschen ins Land oder wieder hinaus dürfen. Und im Westjordanland wären die Bauern weiterhin der Willkür der Siedler und der israelischen Armee ausgesetzt.

Trumps Vorschlag ist kein Friedensplan, sondern ein Plan zur Fortsetzung der Unterdrückung der Palästinenser und der ganzen Region durch die US-Imperialisten und ihre Verbündeten. Das kann nur neue Wut, neue Revolten und die nächsten Auseinandersetzungen hervorbringen.

Es kann keinen Frieden geben – auch nicht für die israelische Bevölkerung – solange die Palästinenser entrechtet und unterdrückt werden, solange nicht auch sie das Recht erhalten, in Sicherheit und Selbstbestimmung zu leben.

Eben weil er das weiß, hat Trump auch erlaubt, dass die Hamas noch eine Zeit lang ihre Waffen behält und hat sogar ihren öffentlichen Hinrichtungen zugestimmt. Ja, solange die Hamas mit Mord und Terror unter den Palästinensern selber „für Ruhe und Ordnung“ sorgt und die in die Verzweiflung gedrückte Bevölkerung unter Kontrolle hält, hat sie die Unterstützung der Imperialisten!

Wundern sollte es einen nicht. Die Imperialisten unterstützen die schlimmsten Regime, solange es ihren Zwecken dient. Was sie nicht daran hindert, dieselbe Hamas morgen wieder als Vorwand zu nehmen, um den Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser fortzusetzen.

Diese imperialistische Weltordnung, in der die kapitalistischen Großmächte, allen voran die USA, für ihre Profit- und Machtinteressen taktieren und die verschiedenen Kräfte gegeneinander auspielen, kann keinen Frieden schaffen. Sie kann nur immer neue Kriege und neuen Horror erzeugen. Allen voran in den ärmeren, vom Imperialismus unterdrückten Ländern – aber letztlich überall.

Vor einigen Wochen sind 60.000 Menschen in Berlin und 12.000 in Düsseldorf für einen Stopp des Völkermords an den Palästinensern und dessen Unterstützung durch Deutschland auf die Straße gegangen. In zahlreichen weiteren Ländern gab es Großdemonstrationen und Streiks.

Dieser weltweite Protest ist wichtig! Zur Unterstützung der Palästinenser – und weil es für unsere Zukunft zählen wird, dass wir nicht geschwiegen und gleichgültig zugeesehen haben, wie ein ganzes Volk umgebracht wird.

Und auch, weil der einzige Ausweg für die Palästinenser aus der Barbarei letztlich nur im Zusammenschluss mit den Unterdrückten der gesamten Welt, in einem gemeinsamen Kampf für den Sturz dieser kriegszerstörerischen kapitalistischen Weltordnung liegen kann.

“Reform“ des Bürgergelds: ein Angriff auf die gesamte Arbeiterklasse

Eine Hiobsbotschaft jagt die nächste. Ob Thyssenkrupp, VW, Kodi, Lufthansa, BASF, Ford, Miele, Ineos, Bosch...! Es gibt kaum noch einen Großkonzern, in dem nicht Stellenabbau, Entlassungen oder gar Betriebsschließungen auf der Tagesordnung stehen.

Die drastischen Sparpläne der Großkonzerne treffen die kleinen Zulieferer und Subfirmen, von denen nicht wenige Bankrott gehen. Gleichzeitig vernichten die massiven Sparmaßnahmen der Regierung in Krankenhäusern, Kitas und anderen öffentlichen Einrichtungen zahllose Stellen.

Hunderttausende Arbeitende wurden allein in den letzten zwei Jahren entlassen. Millionen Arbeitende fragen sich, ob sie die nächsten sind.

Und was macht die Regierung? Sie greift genau diejenigen, denen in der Krise ihr Arbeitsplatz geraubt wird, auch noch an. Angefangen mit ihrer „Reform“ des Bürgergelds, das nun „neue Grundsicherung“ heißt.

Zum einen wird die bisherige Schonfrist von einem Jahr abgeschafft. Wer seine Arbeit verloren hat, muss künftig sofort aus seiner Wohnung ausziehen, sobald er in die Grundsicherung rutscht – außer man wohnt bereits in einer so kleinen und günstigen Wohnung, dass sie den strengen Richtlinien der Grundsicherung entspricht.

Hinzu kommen die drastischen Sanktionen. Wer einen Arbeitsplatz ablehnt, soll künftig monatelang keinen Cent Grundsicherung bekommen. Und zwar egal, was für einen Arbeitsplatz man ablehnt. Selbst wenn der Arbeitsplatz (ohne Stau) jeden Tag drei Stunden Fahrtzeit und entsprechende Spritkosten verschlingt und nur zum Mindestlohn bezahlt wird. Selbst wenn die Arbeitsbedingungen so schlimm sind, dass sie einem in kürzester Zeit die Gesundheit ruinieren. Oder wenn es nur ein Teilzeitjob ist und man mit Grundsicherung aufstocken muss.

Wer diese Ausbeutung nicht mitmachen will, bekommt keinen Cent mehr für Essen und Strom – und im schlimmsten Fall auch keine Miete mehr.

Die Regierung tut so, als wäre diese massive Verschlechterung des Bürgergelds eine Maßnahme der „Gerechtigkeit“ gegenüber allen, die sich jeden Tag für niedrige Löhne zur Arbeit quälen. Ach ja?

Wenn die Regierung wirklich für mehr Gerechtigkeit sorgen wollte, dann würde sie für höhere Löhne sorgen, sodass niemand, der sich jeden Tag zur Arbeit quält, am Ende mit kaum mehr als Grundsicherung dasteht. Sie könnte sofort in ihren eigenen Einrichtungen anfangen und in den Krankenhäusern, Kommunen, Kitas und anderen öffentlichen Einrichtungen dafür sorgen, dass niemand mehr zu Niedriglöhnen und Zwangsteilzeit arbeiten muss.

Doch das Gegenteil ist der Fall. Denn die neue Grundsicherung setzt allen, die gerade den Entlassungen zum Opfer fallen, die Pistole auf die Brust: Akzeptiere jeden Job, egal wie schlecht er ist – und am besten noch bevor du in der Grundsicherung landest und vielleicht noch deine Wohnung verlierst.



Und sie setzt auch alle unter Druck, die Arbeit haben. Sie sendet ihnen die Botschaft: Haltet lieber eure Klappe, wenn ihr schlecht behandelt werdet. Sagt ja, wenn sie euch die Löhne kürzen, zig Überstunden verlangen oder euch noch mehr Arbeit aufhalsen. Besser, als wenn ihr gekündigt werdet, in die Grundsicherung rutscht und noch schlimmere Jobs machen müsst.

Die neue Grundsicherung verschlechtert die Lage der gesamten Arbeiterklasse! Mit der neuen Grundsicherung gibt die Regierung ganz gezielt den Bossen eine Waffe in die Hand, um massive Verschlechterungen für ALLE durchzusetzen. Und daher wird sie nicht zufällig genau jetzt eingeführt, wo Konzerne wie Adidas aus dem Tarifvertrag aussteigen und die Löhne drücken. Wo die Regierung den 8-Stunden-Tag abschaffen und 13-Stunden-Arbeitstage ermöglichen will. Und wo in allen Betrieben radikal gespart wird.

Die Kapitalisten werden diese Waffe gnadenlos nutzen. Denn die wirtschaftli-

che Lage wird schwieriger, der internationale Konkurrenzkampf härter. Die Aufträge vieler Firmen sind zurückgegangen.

Doch für die Kapitalisten kommt es nicht in Frage, dass ihre Profit-Margen sinken. Im Gegenteil: Sie wollen auch in der Krise weiter Milliarden anhäufen. Deshalb sollen wir Arbeitenden für ihren Konkurrenzkampf den Kopf hinhalten.

Genau dasselbe haben wir schon einmal erlebt, vor zwanzig Jahren. Damals wurden (ebenfalls zur „Rettung“ der deutschen Wirtschaft) die Leiharbeit vereinfacht, Minijobs und 1-Euro-Jobs eingeführt und eine Aushebelung der Tarifverträge ermöglicht – und zeitgleich mit HartzIV das Druckmittel eingeführt, um Millionen Arbeitende zu zwingen, diese sehr viel schlechteren Arbeitsbedingungen anzunehmen. Das Ergebnis: 10 Jahre später hatte Deutschland den größten Niedriglohnsektor Europas und so viele Milliarden wie noch nie.

Genau wie damals haben die Kapitalisten und ihre Regierung heute einen gut durchdachten Plan. Gegen diesen Angriffsplan brauchen wir Arbeitenden unseren eigenen Plan: ein Kampfprogramm mit Perspektiven, wie wir in der Krise unsere Haut verteidigen können.

Statt Milliarden-Geschenke an die Reichen und Konzernbosse muss das öffentliche Geld dazu dienen, in allen wichtigen öffentlichen und sozialen Einrichtungen mehr Personal einzustellen.

Statt Entlassungen und Arbeitslosigkeit für die einen und noch mehr Arbeit für die anderen muss die vorhandene gesellschaftliche Arbeit unter Allen aufgeteilt werden – ohne Lohnkürzungen. Dafür muss ein Teil der gigantischen Vermögen dienen, die die Bosse auf unserem Rücken aufgehäuft haben.

Und wenn die Konzernbosse behaupten, das wäre unmöglich, dann müssen wir uns das Recht nehmen, ihre Konten zu kontrollieren. Dann werden wir sehen, was alles möglich ist.

Diese Maßnahmen sind in unser aller Interesse, ob wir Arbeit haben, arbeitslos oder Rentner sind. Ein solches Programm kann uns stark machen, weil es, statt zu spalten, uns Arbeitende alle vereint.

Sie wollen die Jugend zum Kanonenfutter ausbilden

Das Gesetz über die Wiedereinführung des Wehrdienstes ist jetzt im Bundestag. Wer noch die Illusion hatte, dass er freiwillig bleiben würde, wurde nun eines Besseren belehrt.

CDU und SPD streiten zwar noch über die Details, zum Beispiel darüber, ob die Wehrdienstleistenden per Los bestimmt werden sollen. Doch sie sind sich einig, dass prinzipiell jeder junge Mann zum Militärdienst eingezogen werden kann, ob er will oder nicht.

Dieses Gesetz ist ein weiterer gravierender Schritt in ihren Kriegsvorbereitungen. Die deutsche Armee schafft nicht nur massenhaft neue Waffen an. Sie will nun auch die jungen Leute darauf vorbereiten, mit diesen Waffen in den Krieg zu ziehen und auf Befehl der Regierung Menschen zu töten und sich selbst umbringen zu lassen.

Die Regierung erzählt uns, all dies diene dem Schutz unserer Sicherheit und unseres Lebens. Doch wie könnten wir ihr das glauben? Sie beweist doch schon heute bei jeder Entscheidung, dass sie sich NICHT für unsere Sicherheit und unser Leben interessiert, sondern nur für die Bedürfnisse der Reichen. So setzt sie heute z.B. unser Leben und unsere Gesundheit aufs Spiel, indem sie Krankenhäuser schließt – um das Geld den Reichsten zu schenken.

Und genauso wird sie Krieg nicht für unsere Sicherheit führen, sondern für die Profite der Konzerne und Reichen.

Gerechtigkeit müssen wir uns selber verschaffen

Der ehemalige Boss von Karstadt-Kaufhof Benko wurde nun also zu zwei Jahren Haft ohne Bewährung verurteilt. Er hatte massenhaft Geld beiseite geschafft und versteckt, bevor er Insolvenz angemeldet hat.

Seine Verurteilung ist eine Genugtuung für alle Arbeiterinnen und Arbeiter, die er ausgenommen, belogen und dann auf die Straße gesetzt hat. Dafür allerdings stand er nicht vor Gericht. Denn tausende Arbeitende zu entlassen, obwohl man genug Geld hat, das ist absolut legal.

Verurteilt wurde er, weil er die Kapitalisten, die ihm Geld gegeben hatten, betrogen hat. Und das ist in diesem System ein unverzeihliches Verbrechen.

Der Fisch stinkt vom Kopf her

Zahlreiche Konzerne stellen die große Mehrheit ihrer Arbeitenden nur auf Teilzeit oder Minijob-Basis ein, weil das für sie flexibler und billiger ist: Gastronomie-Ketten wie McDonalds oder Burger King, Supermarktketten wie Lidl, Reinigungsfirmen wie Klüh, Stölting...

Hunderttausende Arbeitende müssen deshalb mit Bürgergeld aufstocken, weil der Lohn nicht reicht.

Ganz offen sagen diese milliardenschweren Konzerne bei der Einstellung: „Das ist der Lohn bei uns. Den Rest kannst du dir vom Staat holen“.

Der „systematische Sozialbetrug“ beim Bürgergeld? Hier ist er – verübt von milliardenschweren Verbrechen in Konzernzentralen.

„13 Stunden Arbeit – Null Stunden Leben“

Als erstes Land Europas hat die griechische Regierung die Abschaffung des 8-Stunden-Tags beschlossen und erlaubt nun, bis zu 13 Stunden am Tag zu arbeiten. Fast dasselbe will Kanzler Merz auch bei uns einführen. Mit massiven Demonstrationen und Streiks quer durch die Branchen und das Land haben in Griechenland Arbeitende und Gewerkschaften mehrfach gegen diesen Angriff protestiert.

Genau wie bei uns behauptet die griechische Regierung, alles bleibe auf freiwilliger Basis. Niemand werde gezwungen, länger zu arbeiten. Allerdings lebt fast ein Drittel der Griechen nahe der Armutsgrenze, und der Mindestlohn beträgt etwa fünf Euro. Und statt die Löhne zu erhöhen bietet man den Arbeitenden nun an, freiwillig 13 Stunden arbeiten. Wie freiwillig ist es außerdem, wenn der Chef einen „bittet“, länger zu arbeiten und man Angst haben muss, entlassen zu werden, wenn man Nein sagt?

Der 8-Stunden-Tag ist eine hart erkämpfte Errungenschaft. Jahrzehntlang haben Millionen Arbeitende in vielen Ländern gekämpft, bis er nach und nach durchgesetzt wurde – in Deutschland durch die Arbeiterrevolution von 1918. Nun wird er massiv angegriffen, und zwar ebenfalls gleich in einer Reihe Länder Europas. Und wenn ihre Angriffe immer ähnlicher werden, warum nicht dann auch unser Widerstand?

Aktiv sind wir...

Ab dem 1. Januar soll es also nun die sogenannte „Aktivrente“ geben. Wer „freiwillig“ in der Rente weiterarbeitet, darf bis zu 2.000 Euro im Monat steuerfrei verdienen.

Freiwillig nennen sie das, wenn immer mehr Menschen so wenig Rente bekommen, dass sie sich weiter zur Arbeit schleppen müssen!

Ihre „Aktivrente“ ist in Wahrheit ein erster Schritt, um die Rente mit 70 oder gar 75 durch die Hintertür einzuführen.

... gerne in unserer Freizeit

Reden wir gar nicht davon, wie viele dafür zu krank sind oder schlicht in ihrem Alter keinen Job mehr bekommen. Doch sie alle dürfen sich künftig von den Politikern anhören, dass sie selber schuld wären, wenn sie nur eine Armutsrente bekommen. Schließlich könnten sie ja die „Aktivrente“ nutzen und weiterarbeiten.

Wir haben schon jahrzehntelang malolocht. Aktivrente bedeutet für uns, genügend Rente zu bekommen, um sie... aktiv genießen zu können.

USA: Es ist Zeit, die Könige zu stürzen

An die 7 Millionen Menschen sind am 18. Oktober in den USA unter dem Motto „No Kings“ (Keine Könige) gegen Trump und seine Politik auf die Straße gegangen.

Sie protestierten insbesondere gegen die Massenverhaftungen von Ausländern durch die Einwanderungsbehörde ICE. Die Empörung richtete sich auch gegen die Einschüchterung und Entlassung von Beschäftigten, die Trump und sein rechtsextremes Umfeld kritisieren. Und überhaupt gegen die zunehmenden Angriffe auf demokratische Rechte der Bevölkerung.

Die Massenproteste sind eine Ermutigung für alle, die sich gegen die autoritäre Politik von Trump wehren wollen – und gegen alle kapitalistischen Könige.

Denn Trumps zunehmend autoritäre Herrschaft ist letztlich Ausdruck der zunehmend aggressiven Diktatur der wahren Könige in dieser Gesellschaft: die Besitzer der Großkonzerne, die die Bevölkerung im eigenen Land und in der Welt für ihre Profite immer stärker ausbeuten und unterdrücken – und die ganze Welt zerrütten. Und genau diese Diktatur muss bekämpft und beendet werden, nicht nur in den USA.

Kanzler Merz: Leute wie er verderben das Stadtbild

Kanzler Merz hat nicht nur öffentlich erklärt, im „Stadtbild“ würde man zu viele Migranten sehen und das sei ein „Problem“. Er hat sogar noch einmal nachgelegt und erklärt, deshalb müssten „unsere Töchter“ auf der Straße Angst haben. Womit er – nicht zum ersten Mal – alle Migranten als potenzielle Kriminelle und Vergewaltiger hingestellt, die für die Unsicherheit auf den Straßen verantwortlich wären.

Nach massiven Protesten musste er zugeben, dass die Millionen Migranten, die in Deutschland in Krankenhäusern, Amazon-Lagern und auf Baustellen arbeiten, in der Tat „unverzichtbar“ sind – aber ansonsten stehe er zu seiner Aussage. Wenn es nach ihm ginge, dürfen die Migranten also die Straßen teeren, die Geschäfte in den Innenstädten beliefern, bewachen und reinigen, die Straßen und Parks fegen. Aber in ihrer Freizeit sollen sie sie gefälligst nicht benutzen, weil dies das Stadtbild störe.

Merz macht solche Äußerungen nicht aus Versehen. Er will allen Migranten das Gefühl geben, dass sie nicht gerne gesehen sind. Und zwar gerade weil viele Migrantinnen und Migranten Arbeiter sind und die schlechtesten und härtesten Jobs machen. Sie sollen das Gefühl bekommen, dass sie sich klein machen müssen, dass sie nicht auffallen und also erst recht keine Forderungen stellen und sich wehren dürfen.

Dabei wäre das Gegenteil so wichtig! Wir Arbeitenden – mit und ohne Migrationshintergrund – sollten alle aufhören, uns klein zu machen. Wir sollten viel sichtbarer und lauter sein. Um uns gemeinsam gegen eben die Herrschaft dieser reichen kapitalistischen Minderheit und ihre Regierung zur Wehr zu setzen, die nicht nur für das Stadtbild, sondern für unser gesamtes Leben und die Welt ein ernstes Problem sind.

TikTok: Streik – nicht nur auf Video

Bei TikTok in Berlin streiken seit dem Sommer immer wieder 150 Arbeitende gegen Entlassungen und Niedriglöhne. Sie sind die sogenannten „Content Moderatoren“, die jeden Tag bis zu 1.000 Videos mit Gewaltszenen, Kinderpornografie, Suiziden und ähnlichem gucken, rechtlich bewerten und unter Umständen sperren müssen, bevor sie auf TikTok kommen.

Doch um Geld zu sparen, will TikTok nun einen Teil der Beschäftigten entlassen und sie durch KI ersetzen – obwohl sie wissen, dass die KI einen Teil der gewalttätigen und menschenverachtenden Inhalte nicht erkennt und diese künftig ins Netz gelangen. Die verbliebenen Beschäftigten will TikTok außerdem zwingen, in eine Subfirma zu wechseln, wo sie die psychisch harte Arbeit zu noch schlechteren Löhnen machen sollen.



Womit TikTok nicht gerechnet hatte: Seit dem Sommer streiken die 150 Betroffenen immer wieder dagegen – was es in einem vergleichbaren Unternehmen in Deutschland bislang noch nie gab, wo jeder vor seinem PC sitzt und oft sehr vereinzelt ist. Obendrein kommen viele aus dem Ausland und ihr Visum ist an die Arbeit geknüpft. TikTok hatte ihnen sogar versucht einzureden, sie würden ihr Visum verlieren, wenn sie sich gewerkschaftlich organisieren würden, von Streik ganz zu schweigen.

Doch da hat TikTok eindeutig... die menschliche Intelligenz und Kommunikation seiner Arbeiter*innen unterschätzt.

Attacke auf die Pflege

Der nächste Sparvorschlag der Regierung: Sie diskutieren, den Pflegegrad 1 abzuschaffen – weil man halt „sparen müsse“.

Fast eine Million älterer und kranker Menschen würden dadurch die für sie oft lebenswichtige finanzielle Unterstützung verlieren, um zum Beispiel eine Einkaufs- und Reinigungshilfe oder den Umbau für ein barrierefreies Badezimmer zu bezahlen.

Rund 1,8 Milliarden Euro will die Regierung auf diese Weise einsparen – so viel, wie ein modernes Kriegsschiff kostet, von denen die Regierung gerade mehrere kauft. Aber man muss halt Prioritäten setzen....

Nord-Stream: Sabotage aus dem eigenen Lager

Zu Beginn des Ukraine-Kriegs haben mehrere Anschläge auf die Nord-Stream Pipelines dafür gesorgt, dass kein russisches Gas mehr nach Deutschland transportiert werden konnte.

Damals hatten alle Politiker und Medien behauptet, die russische Regierung stecke wahrscheinlich dahinter – was unlogisch war, weil die Pipelines zum Teil ihr gehörten. Aber diese Propaganda passte damals einfach zu gut, als man zu Kriegsbeginn in der deutschen Bevölkerung Stimmung für Sanktionen gegen Russland und Waffenlieferungen an die Ukraine machen wollte. Genau wie man derzeit Russland für jede gesichtete Drohne und jeden Cyberangriff verantwortlich macht (selbst wenn hinter ihnen nur „normale“ Kriminelle stecken), um die massive Aufrüstung zu rechtfertigen.

Mittlerweile ist klar, dass die Anschläge auf die Nord-Stream-Pipelines im Gegenteil vom ukrainischen Geheimdienst (mit Billigung der USA) verübt wurden. Einer derjenigen, der die Anschläge verübt hat, wurde in Polen auch kürzlich festgenommen, und die deutschen Behörden möchten ihn nun vor Gericht stellen. Schließlich hat er teures Eigentum deutscher Konzerne schwer beschädigt, und da verstehen sie keinen Spaß.

Doch jetzt weigert sich die polnische Justiz, den Beschuldigten auszuliefern. Schließlich hätte der Ukrainer die Anschläge nur verübt, um sein Vaterland zu verteidigen, und das sei ehrenwert. Sabotage und Terror ist es halt immer nur dann, wenn es von der „falschen“ Seite verübt wird.

**Wollen
Sie uns
erreichen?**

DAS ROTE TUCH

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de Telefon: 0151-55570980

www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org